

gen, dass beide Partner einen Konsens oder Kompromiss (ihrem verschiedenen Gewicht entsprechend) aushandeln.

Doch leider ist es im Sicherheitsrat im Unterschied zur Koalitionsregierung so, dass derjenige, der schon ständiges Mitglied ist, dem, der es erst werden will, dessen Wohlwollen abfordern kann. Denn z.B. können die USA nicht gezwungen werden, z.B. Deutschland aufzuwerten, sie können aber erzwingen, dass dieses nicht aufgewertet wird.

Es stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, einen Sitz in einem Rat anzustreben, der derart undemokratisch funktioniert?! Während der jetzige Außenminister seine Skrupel begründet, scheint ein früherer Außenminister kein höheres Ziel zu kennen als die Aufwertung Deutschlands in der Uno. Hier gilt: Lieber ein Guido Westerwelle, der sich vielleicht dunkel erinnert an ein paar langweilige Vorlesungen über Völkerrecht, als ein Joschka Fischer, der sich nur allzu lebhaft erinnert an ein paar spannende Straßenschlachten letztlich über Ideologien.

■ Es wird gesagt: Die deutsche Regierung habe nur wegen anstehender Landtagswahlen nicht zugestimmt. Die Militärintervention wird begründet mit der Verpflichtung zur Unterstützung von demokratischen Regierungen für eine demokratische Oppo-

sition gegen eine diktatorische Regierung. Zum Wesen der Demokratie gehören die Wahlen der Parlamente. Wer also fordert, die Unterstützung eines Krieges von Demokratien gegen eine Diktatur nicht von Wahlen und deren erwarteten Ergebnissen abhängig zu machen, fordert nichts weniger, als die angeblichen Demokratien nicht von der tatsächlichen Demokratie abhängig zu machen. Er zerstört das, was er zu erhalten vorgibt.

So lange die Regierung Wahlen eher mit der Ablehnung von als mit der Zustimmung zu Kriegen gewinnt, kann es gar nicht oft genug Wahlen geben. So lange die Entscheidungen der Bevölkerung vor und bei Wahlen die Entscheidungen der Regierung wirklich beeinflussen, kann diese reale Demokratie nicht hoch genug geschätzt werden.

■ Es wird gesagt: Die deutsche Regierung habe nicht zugestimmt nur wegen fehlender Militärkapazitäten. Abgesehen davon, ob das tatsächlich stimmt oder nicht: Es ist doch so, dass die Bundeswehr von einer reinen Verteidigungsarmee zu einer »Armee im Einsatz« umgebaut wird, d.h. mehr und mehr Kriege führt. Die Afghanistan-Intervention ist hier nur die Spitze des Eisberges. Doch auch die Bundeswehr muss feststellen, dass ihre Einsätze viele Mittel binden. Sie muss sich die Frage stellen lassen, ob diese Mittel nicht anders sinnvoller eingesetzt werden könnten. Ob es nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch effizienter wäre, Konflikte zivil zu bearbeiten, bevor sie militärisch eskalieren? Ob die geringeren Gewinne bei einem möglichen Verbot von Rüstungshandel mit Diktaturen durch die geringeren Verluste bei einer unnötigen Militärintervention nicht mehr als aufgewogen werden?

■ Es wird gesagt: Die Regierung sollte das Flugverbot unterstützen, auch wenn sie sich nicht an dessen Durchsetzung beteiligen könnte. Diese Aussage folgt dem Grundsatz: »Andere machen sich dreckig, doch ich wasche meine Hände in Unschuld.« Doch genau so strafbar wie die Täterschaft selbst sind die Anstiftung oder die Beihilfe dazu und sogar die bloße Mitwisserschaft. Eine wie auch immer geartete Unterstützung ohne Beteiligung, wie sie sich jetzt, Ende März, abzeichnet, wäre ein klassischer fauler Kompromiss. Das wäre um nichts besser, wenn nicht schlimmer, weil scheinheiliger als eine wirkliche Beteiligung am Krieg.

■ Es wird gesagt: Die Bundesregierung sollte das Flugverbot unterstützen, wenn es auch schon von arabischen Regierungen unterstützt wird. Dazu muss man das zwiespältige Verhalten der arabischen Staaten richtig einschätzen. Zwar gibt es einen formalen Konsens der Arabischen Liga: die Forderung nach Luftschlägen, doch nicht nach Bodentruppen, nach Maßnahmen der Uno, doch nicht der Arabischen Liga selbst, nach Beteiligung einiger, doch nicht aller Mitglieder. Zwar gibt es einerseits ein paar eher pro-westliche Staaten, die Druck ausüben und Maßnahmen vorschlagen, und andererseits ein paar eher anti-westliche Staaten, die sich

## Gegen jegliche Gewalt Erklärung des BSV zu Libyen

Die Mitgliederversammlung des *Bund für Soziale Verteidigung*, die am 20. März in Minden/Westfalen stattfand, nahm mit Entsetzen die Bombardierungen Libyens durch Frankreich, Großbritannien und die USA und deren Unterstützung durch andere Länder zur Kenntnis. Nach den weitgehend gewaltfreien Aufständen in Tunesien und Ägypten sind in einer Reihe weiterer Länder des Nahen und Mittleren Ostens Volksbewegungen entstanden, die sich gegen ihre diktatorischen Regierungen erheben. Die Versuche der gewaltsamen Niederschlagung dieser Aufstände – nicht nur in Libyen, sondern auch in Bahrain, Jemen und anderen Ländern – beobachten wir mit großer Sorge und sehen uns solidarisch mit all jenen Menschen, die ohne Waffen für Demokratisierung eintreten.

Das militärische Eingreifen in Libyen wird als ein effektiver Weg dargestellt. Dabei wird ausgeblendet, dass durch die Bombardierungen weitere unbeteiligte Zivilisten sterben und der innerlibysche Konflikt durch die Eskalation der Gewalt mit Gewissheit vertieft werden. Stattdessen sollte durch Angebote der Vermittlung und durch zivile Mittel (z.B. Ölboykott, Asyl für desertierende Soldaten) versucht werden, die Situation zu deeskalieren und das Leben der Aufständischen zu schützen. Uns ist nicht bekannt, dass solche Versuche ernsthaft unternommen wurden. Militärgewalt ist einmal mehr nicht das letzte Mittel (*ultima ratio*), sondern wurde leichtfertig und ohne Bedenken der längerfristigen Konsequenzen beschlossen.

Wir stellen auch fest, dass der Bürgerkrieg in Libyen mit Waffen geführt wird, die von Nato-Staaten geliefert wurden. Wir fordern das vollständige Verbot von Waffenexporten. Die bisherigen Restriktionen bei Rüstungsexporten sind, wie sich jetzt wieder erweist, völlig unzureichend.

Wir begrüßen, dass die Bundesrepublik im Weltsicherheitsrat den militärischen Maßnahmen nicht zugestimmt hat. Wir erwarten, dass die Bundesregierung sich jetzt für die sofortige Beendigung der Kampfhandlungen einsetzt und Bürgerkriegsflüchtlingen unbürokratisch Asyl gewährt.